



Presseschau vom 15.02.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Dan-news.info: Zwei private Häuser in Staromichajlowka am westlichen Rand von Donezk sind in der Folge eines Granatbeschusses von der ukrainischen Seite abgebrannt. Dies teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Der Beschuss mit Granatwerfern des Kalibers 82mm, Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen kam von den ukrainischen Positionen in Marjinka“, sagte der Vertreter des Ministeriums.

Derzeit werden Informationen über Verletzte in der Folge des Beschusses noch geprüft.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte heute die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Insbesondere wurden die Positionen bei Kalinowka zweimal aus Richtung Luganskoje beschossen. Geschossen wurde mit Panzertechnik, Antipanzergrenatwerfern und automatischen Granatwerfern, Granatwerfern des Kalibers 82mm und großkalibrigen Maschinengewehren. Darüber hinaus wurden aus Richtung Luganskoje von den Kiewer Truppen die Positionen der Volksmiliz bei Logwinowo beschossen.

Außerdem wurde aus Richtung Trjochisbjonka mit Granatwerfern das Gebiet von Krasnyj Liman beschossen.

„Verluste und Zerstörungen gibt es nicht“, heißt es bei der Volksmiliz.

Dan-news.info: Ukrainische bewaffnete Formationen haben in der letzten Nacht das Gebiet des Flughafens von Donezk, das Gebiet um das Volvo-Zentrum und Shabitschewo beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Strukturen der DVR mit. „Der Beschuss des Dorfes Shabitschewo (am nördlichen Rand der Hauptstadt), des Flughafens und des Volvo-Zentrums von Seiten der ukrainischen Streitkräfte begann gegen 0:30 Uhr und endete um 1:00 Uhr“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Er fügte hinzu, dass der Gegner von den Positionen in den okkupierten Dörfern Peski und Opyntoje unter Verwendung von Granatwerfern des Kalibers 82mm, kleineren Granatwerfern und Schusswaffen schoss.

De.sputniknews.com: Die NATO braucht sich nicht auf einen Krieg mit Russland vorzubereiten, sondern sollte sich gemeinsam mit Moskau auf reale Sicherheits Herausforderungen konzentrieren, wie der russische Nato-Botschafter Alexander Gruschko sagte.

„Wie wir sehen, liegt das Hauptaugenmerk (der NATO – Anm. d. Red.) derzeit darauf, Russland in Schach zu halten. Nicht nur politisch, sondern auch mit militärischen Mitteln. Diese Verbindung aus militärischer Planung und Politik ist eine gefährliche Tendenz. Das ist nicht unsere Wahl“, sagte Gruschko im Interview gegenüber dem „Wall Street Journal“.

Der russische Nato-Botschafter betonte weiter, dass Russland fest daran glaube, den Weg zum Aufbau eines neuen Europas weitergehen zu können.

Gruschko erinnerte weiter daran, dass der Russland-Nato-Rat an bedeutenden Projekten gearbeitet und damit einen wichtigen Beitrag zur Lösung aktueller Sicherheitsprobleme geleistet hat, wie beispielsweise beim Drogenhandel in Afghanistan.

„Wir glauben fest daran, dass es eine Möglichkeit für die Nato und Russland gibt, sich auf echte Sicherheits Herausforderungen wie Terrorismus, Afghanistan und regionale Instabilität zu konzentrieren“, sagte Gruschko. Moskau sei bereit, die Kooperation mit der Allianz in verschiedenen Situationen fortzusetzen.

Die Kooperation zwischen der NATO und Russland wurde 2014 im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise auf Initiative der Allianz eingestellt.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30784/49/307844916.jpg>

De.sputniknews.com: Der Kalte Krieg ist heiß: Ein Gefecht, das nicht zu gewinnen ist.
von Uli Gellermann

Ein Kalter Krieg ist dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg nicht genug. Da heizt er doch lieber noch an: Angeblich habe der russische Präsident Putin mit der Anwendung von Atomwaffen gedroht. Erzählt er der BILD-Zeitung. Kein Beweis. Kein Zitat. Macht nichts. Die BILD-Zeitung verbreitet die Lüge erst mal.

Weil die NATO eine Kriegs-Stimmung braucht. Für mehr Ängste. Für mehr Rüstung. Für mehr Spiel mit dem Feuer. Das macht Stoltenberg nicht ohne Auftrag. Er bedient seine

Auftraggeber in den USA.

Heiß ist der Krieg in Syrien. Er wird nicht kälter werden, wenn der NATO-Partner Türkei, der neue Freund von Frau Merkel Erdogan, die Kurden auf syrischem Gebiet beschießt. Das waren doch mal die Helden von Kobane. Aber weder mag Frau Merkel das von ihr jüngst hervorgebrochene „Entsetzen“ wiederholen, noch wollen die deutschen Medien erneut schwerste Gefühle heucheln. Kurden bringen in der Syrien-Kriegs-Schuldfrage einfach keine Punkte.

Auch der angedrohte Einmarsch türkischer und saudischer Truppen nach Syrien ruft keine Erregung hervor. Nicht einmal ein irres Gelächter. Denn der Einmarsch der beiden US-Freunde wird mit dem „Kampf gegen den IS“ begründet. Ausgerechnet die Türkei, die den Öl-Handel des IS organisierte bis die Russen die Tanklaster bombardierten, und ausgerechnet die Saudis, von denen die verquere IS-Auslegung des Korans stammt, von denen beträchtliche Spenden für Truppen und Waffen des IS stammen, geben vor ihren Bastard bekämpfen zu wollen. Es geht in Wahrheit um nichts anderes, als um zumindest ein Stück des kaputten Syriens, das sich die beiden Regionalmächte unter den Nagel reißen wollen. Tiefes Schweigen bei der Kanzlerin. Stottern beim Außenminister. Ja, wenn es die Russen wären...

Es war der russische Regierungschef Dmitri Medwedew, der jüngst die Münchner Un-Sicherheitskonferenz mit den kühlen Einschätzung bedachte, dass wieder Kalter Krieg herrsche. Der deutsche Außen-Meier zeigte daraufhin das, was er am liebsten macht: Diese unnachahmliche Kombination von Kopfschütteln und Schulterzucken. Und die deutschen Medien fanden den Medwedew-Satz „drastisch“, „schrill“ oder auch „wirr“. Aber die deutschen Medien haben ohnehin große Mühen mit der Wirklichkeit, wenn sie ihnen im Weg steht. Doch der neue Kalte Krieg, erklärtermaßen gegen Russland gerichtet, ist in seinen Epizentren längst schon so heiß wie möglich.

Der afghanische Krieg – von seinem CIA-Sponsoring der Taliban bis zum andauernden Kampf der US-Freunde für ihre Vorherrschaft im Land – hatte immer auch eine weitere geostrategische Richtung: Die angrenzenden islamisch grundierten Nachfolgestaaten der Sowjetunion – Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan – dürfen sich immer bewusst sein: Frieden gilt nur so lange, so lange die USA nicht die westliche Freiheit gefährdet sieht. In Usbekistan ist ein NATO-Flughafen installiert. In Tadschikistan fungiert die Deutsche Botschaft zugleich als NATO-Vertretung. Turkmenistan stellt der NATO Flughäfen zur Verfügung.

Der georgische Krieg mit dem russischen Nachbarn 2008 diente ebenfalls der Erinnerung an die hegemonialen Ziele der USA. Der ukrainische Krieg, auf kleiner Flamme gekocht, aber keineswegs „kalt“, ist hinter seiner dünnen Tarnung zivilgesellschaftlicher Bestrebungen unschwer als Feuer zur Wärmung des westlichen Lagers zu erkennen. Moldawien, nahe genug an Russland, um als militärisches Vorfeld zu gelten, beteiligte sich jüngst an NATO-Manövern. Und ein rumänischer Ministerpräsident, das Land ist natürlich ordentliches Nato-Mitglied, darf schon mal zur Vereinigung von Moldawien und Rumänien aufrufen.

Kalter Krieg? Was wäre wenn Russland die völlig berechtigten Ansprüche Mexikos auf die heutigen US-Staaten Arizona, Kalifornien, Nevada, Utah sowie Teile von Colorado, New Mexico und Wyoming unterstützen würde? Jenes 1,36 Millionen Quadratmeter große Gebiet, das die USA 1848 den Mexikanern in einem ungerechten Krieg abgeköpft haben? Der heiße Krieg wäre schneller unterwegs, als man das Wort Kriegserklärung aussprechen kann. Geht es nach der trägen, korrumpierten und unredlichen deutschen Öffentlichkeit, sind die Kriege der USA unvermeidlich gute Kriege: Das galt für den Irak ebenso wie für Libyen, obwohl dort weder Freiheit noch Demokratie hergestellt wurden. Nur Tod und Trümmer sind als Ergebnisse erkennbar. Auch der Syrien-Krieg, von Beginn an durch die US-Freunde Saudi-Arabien und Katar entfacht und bis heute von der CIA fachmännisch betreut, ist zu einem Vernichtungskrieg geworden, der unter dem Slogan „Assad muss weg“ jede staatliche Struktur zertrümmert.

Ja, Russland ist ein kapitalistischer Staat, darin den USA gleichend. Ja, auch Russland hat Interessen, die es durchsetzen will. Tatsächlich gehen die jüngsten Kriege aber nicht auf das Konto Russlands. Und Russland hat in seinen Anrainerstaaten auch nicht 3,4 Milliarden Dollar aufgewendet, um die Bestände an schweren Waffen, gepanzerten Fahrzeugen und

anderen militärischen Ausrüstungsgütern in Mittel- und Ost-Europa aufzustocken, wie Obama das jüngst ankündigte: Als eine „Initiative zur Beruhigung der Europäer“.

Wer bei Verstand ist, der wird sich beunruhigt fühlen. Denn während die Russen bisher nur den Status Quo verteidigen, wollen die USA ihre Machtgrenzen ausweiten. Möglichst bis nach Moskau. Man kann den Russen nicht raten, sich zu ergeben. Und man kann den Deutschen nur abraten, sich an der Seite der USA an einem Gefecht zu beteiligen, das nicht zu gewinnen ist. Denn, so zitierte Dmitri Medwedew in München den ehemaligen US-Präsidenten John F. Kennedy: „Innenpolitik kann dazu führen, dass man Wahlen verliert, Außenpolitik aber, dass man sein Leben verliert.“

Dan-news.info: Der erste humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands seit Anfang 2016, insgesamt der 49., wird am 18. Februar in der Republik eintreffen, teilte der Pressedienst des Koordinationszentrums für den Wiederaufbau der DVR mit.

Lug-info.com: In allen Schulen der LVR hat nach Abflauen der Grippewelle der Unterricht wieder begonnen. Dies teilte heute die Wissenschafts- und Bildungsministerin der LVR Walentina Tkatschenko mit.

Nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko

Die Volksmiliz hat polnische Flaggen bei den im Nowoajdarskij-Bezirk stationierten Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte festgestellt, was von der Heranziehung ausländischer Söldner durch Kiew in der Konfliktzone im Donbass zeugt.

Jaschtschenko sagte, dass die ukrainischen Streitkräfte zur Hilfe durch ausländische Söldner zur Lösung von Aufgaben in der Zone der sogenannten „ATO“ greifen

„Nach Angaben unserer Aufklärung wurde in Spewakowka im Nowoajdarskij-Bezirk die Stationierung eines Truppenteils bemerkt, wo Staatsflaggen Polens zusammen mit den Flaggen des „Rechten Sektors“ wehen“, sagte Jaschtschenko.

„Diese Fakten zeugen davon, dass die Kiewer Regierung bewusst weiterhin die Situation in der Konfliktzone auf militärischem Weg en will und dabei auch ausländische Söldner verwendet“, unterstrich er.

Dan-news.info: Das Verteidigungsministerium der DVR hat den OSZE-Beobachtern Informationen über die Folgen des nächtlichen Beschusses von Staromichajlowka am westlichen Rand von Donezk übergeben. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach seinen Angaben ist die Rede von Zerstörungen und Beschädigungen an Wohnhäusern auf der Oktjabrskaja-Straße 7, 142, Partisanskaja-Straße 5a und 12. Der Gegner schoss aus Marjinka und von den Positionen, die westlich der Stadt liegen. Während der Beschüsse wurden Granatwerfer des Kalibers 82mm, Panzertechnik, Abwehrgeschütze, großkalibrige Maschinengewehre, kleinere Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

De.sputniknews.com: Der Kreml hat die Blockade russischer Lastkraftwagen an der Grenze zur Ukraine als skandalös bezeichnet und vor neuen Gegenmaßnahmen gewarnt, sollte das Problem nicht gelöst werden.

„Das ist eine sehr wichtige Frage. Es ist ein Skandal, dass wegen der Untätigkeit der ukrainischen Regierung solche Willkür gegenüber unseren Spediteuren geschieht. Das ist natürlich unzulässig“, wie der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow,

gegenüber Journalisten sagte.

Der Kreml verfolgt die Situation Peskow zufolge aufmerksam und geht davon aus, dass das Verkehrsministerium einerseits durchgreifende Maßnahmen zur „Entriegelung“ der Situation und andererseits zur Gewährleistung adäquater Gegenmaßnahmen im Falle eines unerwünschten Anhaltens des Konflikts ergreift.

Der Pressesprecher erinnerte außerdem daran, dass Russland schon früher ungewollte Gegenmaßnahmen eingehen musste, die das Verkehrsministerium verkündet hatte.

Dem Kreml-Sprecher Peskow sei nichts von einer offiziellen Erklärung der ukrainischen Regierung über einen Durchfahrtsstopp für russische Lkw bekannt.

„Davon weiß ich nichts. Ich weiß nicht, was dahinter steckt. Auf jeden Fall widerspricht es völlig den Völkerrechtsnormen und den Prinzipien der internationalen Verkehrsorganisation. So etwas kommt also überhaupt nicht in Frage“, unterstrich der Pressesprecher des russischen Präsidenten.

Die am vorigen Freitag in Transkarpatien verkündete Blockade russischer Lkw hat sich bereits auf acht Gebiete – Wolhynien, Lwiw, Winnyzja, Tschernowzy, Dnipropetrowsk, Schytomir, Riwna und Tschernihiw — ausgeweitet.

Die „Aktivisten“ wollen solange blockieren, bis die ukrainischen Behörden den Transit russischer Lastwagen offiziell verbieten.

Die ukrainische Regierung hatte am Freitag den Auftrag erteilt, die Situation um die Blockade der russischen Lkw bis Montag zu regeln.

Als Gegenreaktion hat das russische Verkehrsministerium den Verkehr ukrainischer Lastkraftwagen auf dem Territorium Russlands vorläufig eingestellt. Die Maßnahme bleibe solange in Kraft, bis die Regierung in Kiew die rechtswidrige Blockade der russischen Lkws regelt.

Lug-info.com: Die Leiter des Staatlichen Dienste für Bergbauaufsicht und Produktionssicherheit und die Gewerkschaftsföderation der LVR haben heute eine Vereinbarung über Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitssicherheit für das Jahr 2016 unterzeichnet.

Die Seiten verpflichten sich in folgenden grundlegenden Bereichen zusammenzuarbeiten: ständiger Informationsaustausch, Bereitstellung von für die Arbeit notwendigen Materialien und Dokumenten zu Fragen der Arbeitssicherheit; Ausarbeitung von Vorschlägen zur Vervollkommnung der staatlichen Politik und der staatlichen Koordination im Bereich der Arbeitssicherheit; Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen und anderen normativen Akten mit dem Ziel der Vervollkommnung der rechtlichen Regulierung dieser Sphäre; Teilnahme an der Schaffung von Programmen zur Verbesserung der Sicherheitsbedingungen, der Arbeitshygiene und der Arbeitsumgebung, Durchführung ständiger Kontrollen über deren Einhaltung; Untersuchung des Zustands der Arbeitssicherheit und des Niveaus der Prophylaxe in den Unternehmen, in einzelnen Branchen, Regionen, das Aufdecken negativer Tendenzen und deren Beseitigung.

Daneben haben die staatliche Aufsicht und die Gewerkschaften vor, gemeinsam Arbeitsunfälle, Mitteilungen und Beschwerden von Arbeitern zu untersuchen sowie das Niveau der Ausbildung von verantwortlichen Personen, Spezialisten und Gewerkschaftsvertretern im Bereich der Arbeitssicherheit zu erhöhen.

Angesichts der bevorstehenden Aussaatarbeiten wird ein besonderes Augenmerk auch auf die landwirtschaftliche Produktion gelegt.

De.sputniknews.com: Das ukrainische Ministerkabinett hat angeordnet, den Transitverkehr von russischen Lastwagen auf dem ukrainischen Staatsgebiet zu stoppen.

„Es wurde beschlossen, die Durchfahrt von Lastwagen aus Russland über das Territorium der Ukraine zu stoppen“, schreibt das Außenministerium in seinem Microblog auf Twitter.

Aufgrund der fehlenden Möglichkeit für russische Lastwagen, auf dem Transitweg durch Polen zu fahren, wird in letzter Zeit eine durch Transkarpatien führende Route aktiv genutzt. Am vergangenen Donnerstag hat im westukrainischen Gebiet Transkarpatien eine

unbefristete Aktion begonnen, deren Teilnehmer keine russischen Laster nach Europa durchlassen. Der Blockadeaktion haben sich zehn Gebiete im Westen und im Norden der Ukraine angeschlossen.

Im Gegenzug hat Russland die Einfahrt für in der Ukraine registrierte Lastwagen auf russisches Staatsgebiet gestoppt.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30785/92/307859214.jpg>

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR ist weiterhin schwierig und angespannt.

In der letzten Woche vom 8. bis zum 14. Februar haben die Strafruppen 479-mal das Territorium der Republik beschossen, davon 276 mit schweren Waffen. Am intensivsten wurden unter Anwendung schwerer Waffen folgende Ortschaften beschossen: Sajzewo, Spartak, Staromichajlowka, Shabunki, Alexandrowka, Kominternowo, das Gebiet des Flughafens, der Petrowskij-Bezirk und das Volvo-Zentrum in Donezk.

Allein in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen 209-mal das Territorium der Republik im Zusammenhang mit 25 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung beschossen. Beschossen wurden die Gebiete der Ortschaften: Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Kominternowo, Shabunki, das Gagarin-Bergerwk, sowie die Gebiete der chemischen Fabrik, des Flughafens und des Petrowskij-Bezirks von Donezk.

Es wurden vorwiegend verbotene Waffenarten angewendet, Granatwerfer der Kaliber 120 und 82 mm – 171 mal. Auf das Gebiet von Dokutschajewsk haben die ukrainischen Verbrecher acht Schüsse mit Panzerwaffen abgegeben und Antipanzerraketen in Richtung Staromichajlowka angewendet.

Die relative Reduzierung der Zahl der Beschüsse mit schweren Waffen in dieser Woche von Seiten der ukrainischen Armee wurde durch den „Scharfschützterror“ und den „Minenkrieg“ gegen die Zivilbevölkerung kompensiert.

Von unserer Aufklärung wurde in der letzten Woche an der Kontaktlinie eine Zunahme der Scharfschützengruppen aus den Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Außerdem besteht nach Angaben unserer Aufklärer eine große Zahl der Scharfschützengruppen aus ausländischen Söldnern aus Polen und dem Baltikum. Mit der Aktivität solcher Abteilungen in den Gebieten von Ortschaften versucht die ukrainische Seite das friedliche Leben vollständig zu zerstören, unerträgliche Bedingungen für die örtlichen Einwohner zu schaffen und die Armee der DVR zur Ursache aller Probleme zu erklären.

Faktisch geht das ukrainische Kommando auf die Standards des offenen Terrors gegen die Einwohner des Donbass und der vollständigen Blockade der DVR und der LVR über. Dafür schließt Kiew nicht nur die Kontroll- und Passierpunkte, sondern vermint auch die belebtesten Straßenabschnitte und Fußwege, über die nur friedliche Bürger gehen.

Fakten bezüglich der Verletzung der Genfer Konvention und der erreichten Minsker

Vereinbarungen durch die Ukraine haben auch die OSZE-Vertreter in dieser Woche mehrfach in ihren Berichten aufgeführt. Insbesondere stellten die Beobachter in dieser Woche in der Nähe von Marjinka die Installierung von acht Antipanzermine fest, die von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte neben einem Checkpoint gelegt wurden. Im Ergebnis einer solchen Verminung bei Nowomichajlowka geriet am 10. Februar an einem Checkpoint der ukrainischen Streitkräfte ein ziviler Kleinbus auf eine Antipanzermine, in der Folge starben vier zivile Einwohner, drei wurden verletzt. Am 12. Februar gerieten zwei Zivilisten auf eine von den ukrainischen Truppen gelegte Mine auf einem Fußweg bei Showanka. Ein Mensch starb, um das Leben des zweiten kämpften die Ärzte noch.

Alle Verbrechen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte werden von den Ermittlungsorganen der Generalstaatsanwaltschaft der DVR festgehalten, um Material für Strafverfahren und die weitere Übergabe an internationale Organisationen vorzubereiten.

In der letzten Woche hat der Gegner weiterhin Kräfte und Mittel in der Nähe der Abgrenzungslinie konzentriert sowie seine Vorräte an Material aufgefüllt.

In der Woche hat die Aufklärung der DVR die Verlagerung von Personal, Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Richtung Gorlowka:

12 Mehrfachraketenwerfer „Grad“, 22 Artilleriegeschütze, 16 Einheiten Panzertechnik und 30 Fahrzeuge mit Personal und Munition in den Gebieten von Losowatskoje, Konstantiwka, Nowogrodowka, Artjomowsk.

In Richtung Donezk:

Drei Artilleriegeschütze, zwei Panzer, vier Fahrzeuge mit 150 Mann und eine Gruppe Scharfschützen der 93. mechanisierten Brigade in den Gebieten von Sajzewo und Peski.

In Richtung Mariupol:

Ein Mehrfachraketenwerfer „Grad“, vier Artilleriegeschütze, sechs Panzer, zehn Einheiten Panzertechnik und zehn Fahrzeuge mit Personal sowie zehn Scharfschützinnen aus Polen und dem Baltikum, zwei Züge Personal (80 Mann) aus Abteilungen des „Internationalen Friedensbataillons Dshochar Dudajew“ in den Gebieten von Nowotroizkoje, Samoschnoje (Tschermaryk), Mirnoje, Malowodnoje, Rybinskoje.

Die OSZE-Mission hat in ihren Berichten auch das Fehlen von Technik der ukrainischen Streitkräfte in den Lagerorten festgestellt, insbesondere sieben 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“, ein 122mm-Artilleriegeschütz „Gwosdika“, 23 Panzer, sieben 85mm-Antipanzergeschütze D-44 und D-48, drei Granatwerfer.

All das zeigt ein weiteres Mal die aggressiven Pläne Kiews und den Unwillen der ukrainischen Führung den im Donbass entstandenen Konflikt friedlich zu lösen.

Ein weiterer Faktor, der die Lage ständig destabilisiert, ist der äußerst niedrige moralisch-psychische Zustand des Personals der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde. Wir sind schon daran gewöhnt, dass sie sich mit Plünderung und Willkür gegenüber der friedlichen Bevölkerung befassen. Jetzt führen sie Gefechte untereinander aus. Wir haben Informationen über Gefechte zwischen nationalistischen Bataillonen und Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte erhalten. So fand nach Angaben unserer Aufklärungsagentur am 9. Februar 2016 von 20:00 bis 22:00 Uhr im Gebiet von Marjinka (1km von der Kontaktlinie) zwischen Abteilungen des „Rechten Sektors“ und der 95. Luftlandebrigade ein Kampf statt. Nach unserer Information haben Soldaten des „Rechten Sektors“ initiativ einen Durchbruch im Bereich von Marjinka vorbereitet, der von der taktischen Regimentsgruppe der 95. Luftlandebrigade nicht unterstützt wurde. Ukrainische Luftlandesoldaten sollten das Feuer auf die Positionen der Streitkräfte der DVR eröffnen, aber ohne Kommando „von oben“ weigerten sie sich, dies zu tun. In Folge dessen versuchten Kämpfer des „Rechten Sektors“, als Sperreinheit zu fungieren und die Luftlandesoldaten zu zwingen die Positionen der Armee der DVR anzugreifen. Daraufhin entbrannte ein Kampf zwischen den Nationalisten und den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte. Nach unseren Angaben gab es auf beiden Seiten etwa 30 Tote und 100 Verletzte, was durch abgefangene Funksprüche und Daten aus den medizinischen Einrichtungen bestätigt wird, wohin dann die Toten und Verwundeten gebracht wurden.

Auch fand in dieser Woche ein Gefecht zwischen Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte und nationalistischen Freiwilligenbataillonen des Innenministeriums der Ukraine im Gebiet

von Nowotroizkoje, 6 km von der Kontaktlinie, statt. Nach unseren Informationen gab es auch dort Tote und Verletzte. Ursache des Gefechts war die Umgestaltung der Kontrolle über die Märkte.

All dies zeigt die absolut nicht von der Regierung der Ukraine kontrollierte Aktivität der Nationalisten, die sich nicht nur mit kriminellen Aktivitäten in der ATO-Zone befassen, sondern auch auf jegliche Weise versuchen eine Weiterführung des bewaffneten Konflikts im Donbass zu provozieren.

De.sputniknews.com: Der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) hat ein Einreiseverbot für Besatzungen von Handelsschiffen verhängt, die ohne Erlaubnis Kiews in Häfen der Schwarzmeer-Halbinsel Krim einlaufen, berichtet der Pressedienst der Behörde.

„(...) Im Zusammenhang mit den Verstößen gegen die Einreise auf ein zeitweilig okkupiertes Territorium der Ukraine und die Ausreise aus diesem Territorium werden solche Ausländer die Ukraine in den kommenden drei Jahren nicht besuchen dürfen, auch als Besatzungsmitglieder anderer Schiffe“, heißt es.

Die Krim-Bevölkerung hatte bei einem Referendum im März 2014 mit mehr als 96 Prozent für eine Abspaltung von der Ukraine und eine Wiedervereinigung mit Russland gestimmt.

Anlass für die Volksabstimmung war der nationalistisch geprägte Umsturz in Kiew.

Die Regierung in Kiew hält die Krim jedoch weiter für ukrainisches, zeitweilig „okkupiertes Territorium“.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30312/14/303121467.jpg>

Dnr-online.ru: Heute fand im Dorf Signalnoje, das vorläufig zum Petrowskij-Bezirk von Donezk gehört, eine Versammlung von Bürgern unter Teilnahme des Abgeordneten des Volkssowjets der DVR Oleg Glebow und des Leiters der Dorfverwaltung von Luganskoje Artur Lysenko statt. Signalnoje befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Kontaktlinie.

„Derzeit leben in Signalnoje nicht sehr viele Menschen. Hier sind die Wohnhäuser und andere Gebäude stark beschädigt. Die Dorfverwaltung bemüht sich den Menschen zu helfen. Gas und Wasser gibt es hier nicht. Die Lieferung von Wasser erfolgt nach den Bedürfnissen der Einwohner durch das Zivilschutzministerium ein- oder zweimal pro Woche. Im Dorf Luganskoje haben wir die Versorgung der Menschen mit Gasflaschen organisiert. Auf die Bitte der Einwohner hin helfen wir allen, die sich in einer schwierigen Lage befinden. Mit humanitärer Hilfe sind die Menschen versorgt. Uns helfen sehr das Internationale Rote Kreuz und das Koordinationszentrum für den Wiederaufbau der DVR. Leider sind aufgrund des Kriegs viele arbeitsfähige Menschen fortgegangen. Die, die geblieben sind, fahren zur Arbeit nach Donezk. Vor Ort haben wir mit Hilfe des Arbeitsamts befristete Stellen organisiert, vor allem bei der Verbesserung der Lebensbedingungen“, sagte Artur Lysenko. Ab März 2016 plant die Dorfverwaltung Arbeiten zur Reparatur der Straßen von Signalnoje in Richtung Jelenowka und andere Ortschaften. Außerdem ist die Eröffnung von medizinischen

Ambulanzen und Postfilialen geplant. Am 26. Februar 2016 ist mit Unterstützung des Volkssowjetabgeordneten Oleg Glebow eine Fahrt junger Sportler aus Luganskoje, Alexandrowka und dem Petrowskij-Bezirks von Donezk nach Kirow (RF) zu einem Sportwettkampf geplant.

De.sputniknews.com: Russlands Premierminister Dmitri Medwedew hat die Teilnehmer an der Blockade russischer Lastwagen in der Ukraine als Verrückte und Banditen bezeichnet. Am Montag leitete der russische Regierungschef Dmitri Medwedew eine Beratung mit den Vizepremiers. Im Vordergrund stand die Blockierung russischer LKW in der Ukraine. Medwedew beauftragte das Außenministerium und das Ministerium für Verkehrswesen, die Konsultationen zur Ausarbeitung von Gegenmaßnahmen fortzusetzen, bekundete aber die Hoffnung, dass der LKW-Verkehr wieder ins Rollen kommt.

„Was für Verrückte versuchen dort, unsere Lastwagen zu stoppen?“, stellte er Vizepremier Dworkowitsch zu Beginn der Beratung eine strenge Frage. Der erwiderte, dass es mit dem „Rechten Sektor“ verbundene Gruppierungen seien. „Also Banditen“, resümierte Medwedew.

Dworkowitsch fuhr in seinem Bericht fort und erzählte, dass Aktivisten in der Ukraine etwa 100 Lastwagen an der Weiterfahrt nach Europa gestoppt hätten (zum jetzigen Zeitpunkt wurde ihnen bereits die Weiterfahrt nach Weißrussland erlaubt – d. Red.), zudem könnten mehr als 500 LKW nicht aus der EU nach Russland zurückkehren.

Der Vizepremier sagte, das russische Verkehrsministerium habe daraufhin die Fahrt aller ukrainischen LKW blockiert, mit Ausnahme jener, die nach Kasachstan unterwegs seien, aber das nur mit russischer Begleitung, meldet die Nachrichtenagentur TASS. Die ukrainische Regierung hatte danach entschieden, bis zum Erhalt von Erklärungen aus Moskau russische LKW zu stoppen.

Medwedew äußerte sich zu der entstandenen Situation. Er sagte, für das Geschehen in der Ukraine sei der ukrainische Staat verantwortlich, aber der sei eben nicht in der Lage, für Ordnung zu sorgen.

„Die Tatsache, dass irgendwelche Gauner die LKW stoppen, darunter unter Einsatz von Waffen, bedeutet, dass es in der Ukraine keine Macht gibt, oder, dass sich eben diese extremistischen Gruppierungen an der Macht befinden“, kommentierte Medwedew laut der Agentur RIA Novosti.

Der Regierungschef hoffe, dass die ukrainischen Behörden in der nächsten Zeit dennoch die erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung des normalen Güterverkehrs ergreifen werden.

Zugleich stellte Medwedew fest, dass dieses Geschehen „Unfug“ und „ein Verstoß gegen alle internationalen Regeln des Güterverkehrs“ sei. Er ist der Ansicht, man dürfe Derartiges nicht dulden und müsse adäquat reagieren. Deshalb beauftragte er das Außenministerium und das Ministerium für Verkehrswesen, die Konsultationen fortzusetzen, um eine Antwort auf die Blockade des LKW-Verkehrs auszuarbeiten. „Denn wenn sie unfähig sind, bei sich für Ordnung zu sorgen, so sind wir genötigt, in entsprechender Weise darauf zu reagieren“, betonte der Premier.

Es sei angemerkt, dass sich die russischen Fuhrbetriebe in einer sehr schwierigen Situation befinden. Russland und Polen können sich nicht über die Verlängerung der Vereinbarung über den gegenseitigen LKW-Güterverkehr einigen. Da der Transit russischer LKW durch Polen somit unmöglich ist, wird in letzter Zeit die Route durch Transkarpatien in der Westukraine aktiver genutzt. Seit Donnerstag läuft dort eine Aktion, in deren Rahmen Vertreter nationalistischer Organisationen keine russischen Lastwagen nach Europa mehr passieren lassen.

Dan-news.info: Eine der wichtigsten Hochspannungsleitungen des Donbass „Charzyskaja Sarja“ wurde heute durch ukrainische Beschüsse des Territoriums der DVR beschädigt. Dies teilte der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums der Republik mit.

„Heute um 6:40 Uhr wurde durch Beschüsse des Territoriums der DVR durch die ukrainischen Streitkräfte die 330-KW-Hochspannungsleitung „Charzyskaja Sarja“, eine der grundlegenden Stromleitungen des Donbass beschädigt. Sie ist für eine stabile Funktion des Energiesektors sowohl der DVR als auch der Ukraine notwendig“, heißt es beim Pressedienst.

Im Kohle- und Energieministerium wurde gesagt, dass derzeit eine Untersuchung der Leitungen stattfindet, Spezialisten stellen die Beschädigungen fest. Im Ministerium wurde auch daran erinnert, das „Charzyskaja Sarja“ ein strategisches Objekt sowohl für die Republik als auch für die ukrainische Seite ist. „Von ihrer Wichtigkeit zeugt schon der Fakt, dass die Entscheidung über den Wiederaufbau dieser Hochspannungsleitung auf der Ebene des „Minsker Formats“ getroffen wurde, unsere Energetiker haben Reparaturarbeiten unter Kampfbedingungen bei Lebensgefahr durchgeführt“, fügte der Pressedienst hinzu.

Wir erinnern daran, dass die DVR mehrfach die Fragen des Wiederaufbaus der beschädigten Infrastruktur bei den Verhandlungen der ökonomischen Untergruppe in Minsk aufgeworfen hat. So wurde die Hochspannungsleitung „Charzyskaja Sarja“, die es erlaubt, Strom in die Ukraine zu liefern, im November 2015 auch unter Beschuss der ukrainischen Streitkräfte wieder aufgebaut.

Dan-news.info: Studierende von Hochschulen der Republik haben sich heute mit den Prinzipien der Arbeit der Parlamentarier der DVR bekannt gemacht und über ein mögliches Praktikum im Volkssowjet und seinen strukturellen Abteilungen informiert. An der Veranstaltung nahmen etwa 200 Studierende teil.

Die Veranstaltung fand auf Grundlage der Entscheidungen des Forums „SSSR“ statt, dass am 24.-25. Januar dieses Jahres in der Hauptstadt stattfand.

„In den Jahren des Lebens in der Ukraine ist bei unseren Bürgern die Auffassung entstanden, dass ein Abgeordneter ein Mensch ist, der zur Sicherung seiner eigenen Interessen in sein Amt kommt. Unsere Aufgabe ist es allen unseren Bürgern zu zeigen, dass wir für die Verbesserung ihres Lebens arbeiten“, sagte die stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Olga Makejewaja.

Sie ergänzte, dass die Staatsorgane der Republik daran interessiert sind, dass im Parlament junge Spezialisten mit Perspektive arbeiten.

Organisatoren waren die regierende gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ und ihre Jugendorganisation „Molodaja Respublika“. Die Veranstaltung fand in der Donezker Technischen Nationaluniversität statt.

Makejewaja berichtete den Studenten über die Besonderheiten der Tätigkeit der gesetzgebenden, ausführenden und juristischen Staatsorgane. Die Teilnehmer der Veranstaltungen erfuhren über die Vollmachten und Struktur aller 16 Fachkomitees des Volkssowjets.

„Einige von Ihnen sehen sich vielleicht als zukünftige Abgeordnete, einige wollen ihre Arbeit im juristischen Bereich machen. Im Zusammenhang damit werden Praktika stattfinden. Sie werden so stattfinden, dass Sie an der Arbeit eines Abgeordneten teilnehmen können, danach auch sehen, wie der Apparat des Volkssowjets arbeitet“, unterstrich der Leiter des Apparats Alexej Nikonorow.

Er sagte, dass nach dem Durchlaufen eines Praktikums die aktivsten Studenten die Möglichkeit erhalten, in den Organen der Staatsmacht zu arbeiten. „Die, die noch keinen Abschluss haben, können jährlich ein Praktikum durchlaufen, solange sie ihr Diplom noch nicht haben“, fügte er hinzu

„Dies ist ein sehr interessantes Projekt, es ist für unsere aktive Jugend notwendig. In welchem Bereich ich arbeiten will, habe ich noch nicht entschieden, aber vielleicht möchte ich in den parlamentarischen Bereich“, sagte der Student des Donezker Politechnikums Andrej.

De.sputniknews.com: Die im ukrainischen Parlament vertretenen Fraktionen der Parteien „Batkivschtschina“ (Vaterlandspartei) und „Samopomoschtsch“ (Selbsthilfe) haben mit dem

Sammeln von Unterschriften für die Absetzung der Regierung von Arseni Jazenjuk begonnen, sagte Julia Timoschenko, Vorsitzende von „Batkiwschtschina“, in einer Sitzung des Schlichtungsrates.

„Wir und die Fraktion von ‘Samopomoschtsch‘ haben eine Unterschriftensammlung initiiert. Ich bitte alle Faktionschefs, ihre unter dieses Dokument zu setzen. Wir werden öffentlich bekanntgeben, wer unterschreibt und wer nicht. Denn es muss Schluss damit sein. Mit diesem politischen, korrumpierten Spiel hinter den Kulissen“, sagte Timoschenko.

„Samopomoschtsch“-Chef Oleg Beresjuk bestätigte, seine Fraktion trete für den Rücktritt des Kabinetts ein. Der Vorsitzende der „Radikalen Partei“, Oleg Ljaschko, erklärte, seine Fraktion werde ebenfalls ihre Unterschriften unter diese Initiative setzen. Parlamentschef Wladimir Groisman beauftragte seine Stellvertreterin Oxana Syrojed, die Aktion zu kontrollieren.

„Ich wiederhole erneut: Es müssen (für die Erörterung der Absetzung der Regierung) 150 Abgeordnetenunterschriften zusammenkommen. Diese werden einem Fachausschuss vorgelegt. Ich werde den Auftrag erteilen, diese Frage gemäß der Geschäftsordnung des Parlaments dringend zu erörtern. Es gibt kein anderes Verfahren“, sagte Groisman.

Zuvor am selben Tag hatte der Fraktionsführer der „Volksfront“, Maxim Burbak, einen möglichen Rücktritt der Regierung von Jazenjuk als Plan der russischen Staatsführung zur Destabilisierung der Situation in der Ukraine bezeichnet.

Am Dienstag soll das ukrainische Kabinett vor den Parlamentsabgeordneten über seine Tätigkeit Rechenschaft ablegen.

Am 10. Februar hatten ukrainische Medien unter Berufung auf eine namentlich nicht genannte Quelle aus dem „Block von Petro Poroschenko“ mitgeteilt, dass Poroschenko Jazenjuks Entlassung bereits beschlossen habe.

Am 5. Februar hatte Jazenjuk dem Parlament vorgeschlagen, dem Kabinett die Vertrauensfrage zur Abstimmung vorzulegen.

Mögliche Kaderumbesetzungen in der ukrainischen Regierung hängen mit dem Rücktritt von Wirtschaftsminister Aivaras Abromavicius zusammen. Dieser hatte seine Entscheidung damit begründet, dass die Reformen nur stockend vorankommen und die neuen Eliten dem Anti-Korruptionskampf im Weg stehen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30786/85/307868539.jpg>

Dan-news.info: Ukrainische Abteilungen haben heute tagsüber das Dorf Shabitschewo und das Gebiet des ehemaligen Flughafens am nördlichen Rand von Donezk beschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Abteilungen des Gegners haben einen Beschuss des Dorfes Shabitschewo und des Flughafens gegen 13:30 Uhr begonnen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Gemäß den vorliegenden Informationen schossen die ukrainischen Truppen von den

Positionen in Peski und Opytnoje unter Verwendung von Granatwerfern der Kaliber 82 und 120mm, kleineren Granatwerfern und Schusswaffen.

Von der ukrainischen Seite wurden mehr als 10 Granaten abgeschossen.

Außerdem wurden Positionen der DVR in Sajzewo nördlich von Gorlowka von Scharfschützen beschossen.

Informationen über Verletzte sind bisher nicht eingegangen.

Abends:

Dan-news.info: Der durchschnittliche Preis für einen Liter Benzin an den Tankstellen der DVR ist um fast ein Viertel niedriger als der Preis für Treibstoff an den Tankstellen der von Kiew okkupierten Städte. Davon zeugen die letzten Informationen eines Monitorings des Kohle- und Energieministeriums der Republik.

„Die Preise für Benzin und Diesel an den Tankstellen in der DVR haben sich stabilisiert. Mehr noch, es ist wesentlich günstiger Benzin auf unserem Territorium zu kaufen als in der Ukraine“, heißt es im Ministerium.

Nach Angaben der Behörde beträgt der mittlere Preis für Benzin der Mari AI-95 an den Tankstellen der DVR 42 Rubel pro Liter, AI-92 – 40 Rubel. In den okkupierten Städten war der Preis in Rubeläquivalenten nach dem Kurs der Zentralbank fast ein Viertel höher.

„Die Preise für Treibstoff an Tankstellen auf dem von der Ukraine kontrollierten Gebiet sind wesentlich höher. Gemäß den statistischen Angaben beträgt der mittlere Preis für einen Liter AI-95 20,2 Griwna, also 53,93 Rubel. AI-92 kosteten 19,36 Griwna, das sind 51,69 Rubel“, wurde im Ministerium hinzugefügt.

Ein Preismonitoring für Treibstoffe wird wöchentlich von Mitarbeitern der Treibstoffabteilung des Kohle- und Energieministeriums durchgeführt. Diese ersten wurden nach dem Treibstoffdefizit an den Tankstellen der Republik im Sommer 2015 durchgeführt, eine deutliche Senkung der Preise an den staatlichen Tankstellen wurde im Dezember des letzten Jahres festgestellt.

Novorosinform.org: Der Premierminister der Ukraine Arsenij Jazenjuk ist empört über die "illegalen" Aktionen der Russischen Föderation. Nach Auffassung des Politikers sei das Durchfahrtsverbot für ukrainische Lastwagen durch das Territorium der RF unbegründet und rechtswidrig.

„Ich verlange von der RF nicht nur Erklärungen, sondern die Rücknahme der illegalen Entscheidung die Durchfahrt ukrainischer Lastwagen durch das Territorium der Russischen Föderation zu verbieten“, erklärte er.

Er erklärte auch, dass solche Aktionen der Beweis für die fortgesetzte „Aggression“ Russlands gegen die Ukraine seien. Der Premier fügte hinzu, dass er bereits eine Protestnote an die Russische Föderation geschickt habe.



[http://storage.novorosinform.org/cache/9/a/\(46\)_original.jpg/w644h387.jpg](http://storage.novorosinform.org/cache/9/a/(46)_original.jpg/w644h387.jpg)